



# Argumente zum Ethikunterricht

Oktober 2008



## Gemeinsam - nicht getrennt!

### Warum sich die Berliner SPD für einen Ethikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler einsetzt

Berlin ist eine Weltstadt. Hier leben Menschen unterschiedlichster Nationen und Kulturen, Religionen und Weltanschauungen miteinander. Im gemeinsamen Ethikunterricht an der Oberschule wird diese Vielfalt zum Thema: Kinder und Jugendliche werden zum Dialog befähigt, sie finden und entwickeln Gemeinsamkeiten in der Orientierung an Grundwerten unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Eine Aufteilung in verschiedene Gruppen je nach Religionszugehörigkeit, wie jetzt von den Initiatoren eines Volksbegehrens gefordert, würde Jugendlichen die Chance auf diese gemeinsamen Erfahrungen nehmen.

Die Berliner SPD hat sich für die Einführung des Faches Ethik eingesetzt, um allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig von ihrer Kultur, Religion oder Weltanschauung eine gemeinsame Grundbildung zu Fragen der Ethik, zu Religionen und Weltanschauungen und zu Fragen der Lebensgestaltung zu ermöglichen. Vielfalt, Dialog und Gemeinsamkeit können als positive Werte im Unterricht lebendig vermittelt und erfahren werden.

Über den gemeinsamen Ethikunterricht hinaus können alle Schülerinnen und Schüler - so wie es auch zuvor schon üblich war - zusätzlich an einem freiwilligen Religions- oder Weltanschauungsunterricht teilnehmen.

#### Berliner Ethikunterricht: Modell mit bundesweitem Vorbildcharakter

In Berlin wurde realisiert, was der Bundeselternrat auch für andere Bundesländer für erstrebenswert hält: "Wir wünschen uns einen gemeinsamen, alle Religionen und Kulturen thematisierenden Unterricht für alle Kinder - unabhängig von ihrer Herkunft. Verbindendes Leben, an und aus den Differenzen lernen ist wichtig, Respekt vor dem Nicht-Gemeinsamen notwendig."

Ein Volksbegehren, welches einen Wahlpflichtbereich Ethik/Religion durchsetzen und damit den gemeinsamen Ethikunterricht abschaffen will, würde Jugendlichen gemeinsame Werteerfahrungen nehmen und den Dialog einschränken. Deshalb lehnt die Berliner SPD dieses Volksbegehren ab.

Vielfalt, Dialog, Gemeinsamkeit, Grundbildung, Freiheit: Alles spricht für Ethik

1. Das Berliner Ethikfach vermittelt: **VIELFALT** kann als Bereicherung erfahren werden. In Berlin leben Menschen aus mehr als 180 Nationen und vielen Kulturen. Es gibt hier mehr als 130 verschiedene Religionsgemeinschaften. Die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner ist konfessionslos. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nimmt ständig zu, gegenwärtig sind es bereits 42,7 Prozent aller 6-15jährigen.

Die kulturelle, religiöse und weltanschauliche Vielfalt in der Stadt muss in der Schule aufgegriffen werden. Ethikunterricht kann durch gemeinsame Reflexion die Erfahrung verstärken, dass die Begegnung mit Menschen anderer Kultur, Religion und Weltanschauung das eigene Leben anregen und bereichern kann.

2. Das Berliner Ethikfach fördert eine **Kultur des DIALOGS**. Gemeinsamer Ethikunterricht mit Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher kultureller, religiöser und weltanschaulicher Herkunft bietet eine hervorragende Chance zur Einübung in eine Kultur des Dialogs.

Ethnisch, religiös oder weltanschaulich bedingten Konflikten kann damit vorgebeugt werden, es kann gelernt werden, solche Konflikte friedlich zu lösen bzw. auszuhalten.

Es geht um die Entwicklung von Toleranz und Respekt voreinander, um das Bemühen um gegenseitiges Verständnis und das Finden einer gemeinsamen Sprache.

Das Berliner Ethikfach ermöglicht den Schülerinnen und Schülern miteinander zu reden - und nicht nur übereinander, wie das in einem Wahlpflichtbereich Ethik/Religion weitgehend der Fall wäre.

Wenn Schülerinnen und Schüler christlicher, muslimischer, jüdischer oder anderer religiöser bzw. weltanschaulicher Herkunft lernen, im Gespräch über die unterschiedlichen Wertvorstellungen, Lebensauffassungen und Lebensformen einander zuzuhören und sich über ihre Lebensvorstellungen auszutauschen, dann wird damit auch ein wichtiger Beitrag geleistet, der Ausbreitung von Parallelgesellschaften wirksam zu begegnen.

**3. Das Berliner Ethikfach fördert GEMEINSAMKEIT in der Orientierung an Grundwerten und Menschenrechten.** Für ein friedliches und zugleich befriedigendes Zusammenleben ist es auch erforderlich, Gemeinsamkeit in der Anerkennung von Grundwerten zu entwickeln, wie sie in den Menschenrechten und im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Es geht im Ethikunterricht besonders um Werte, die für alle gelten. Dazu gehören Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und Solidarität. Indem diese Werte in Bezug auf verschiedene Kulturen, Religionen und Weltanschauungen reflektiert werden, können sie für die Schülerinnen und Schüler zum Maßstab für die eigene Lebensorientierung und Lebensgestaltung werden.

Wie wichtig dies ist, zeigen neue Studien, nach denen nicht nur in Deutschland die Vorurteile gegenüber Juden, Muslimen und Christen anwachsen. Vorurteile sind aber, wie die Geschichte vielfach gezeigt hat, eine Wurzel für ethnisch, religiös oder weltanschaulich motivierte Konflikte in der Gesellschaft.

**4. Das Berliner Ethikfach fördert eine gemeinsame GRUNDBILDUNG zu Lebensfragen.** In Verbindung mit der Befähigung zum Dialog mit Andersdenkenden und Andersglaubenden und der Beschäftigung mit Grundwerten unserer Gesellschaft vermittelt der Ethikunterricht auch eine Allgemeinbildung zu den Weltreligionen und Weltanschauungen, zu philosophischen Fragen, zur Gestaltung sozialer Beziehungen und zur persönlichen Lebensgestaltung.

Die durch das Fach Ethik vermittelte weltanschauliche Allgemeinbildung ist nicht durch eine bekenntnisgebundene Unterrichtung aus der Sicht einzelner Religionen, Konfessionen und Weltanschauungen zu ersetzen.

**5. Das Berliner Modell des Ethik-, Religions- und Weltanschauungsunterrichts fördert die individuelle FREIHEIT der Schülerinnen und Schüler.** Im Unterschied zu den meisten anderen Bundesländern nehmen Schülerinnen und Schüler nicht nur am gemeinsamen Ethikunterricht teil, sie können sich zudem für einen freiwilligen Religions- oder Weltan-

## Ziele des Ethikunterrichts

Ziel des Ethikunterrichts ist es nach dem Berliner Schulgesetz, "die Bereitschaft und Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer kulturellen, ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Herkunft zu fördern, sich gemeinsam mit grundlegenden kulturellen und ethischen Problemen des individuellen Lebens, des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie mit unterschiedlichen Wert- und Sinnangeboten konstruktiv auseinander zu setzen. Dadurch sollen die Schülerinnen und Schüler Grundlagen für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben gewinnen und soziale Kompetenz, interkulturelle Dialogfähigkeit und ethische Urteilsfähigkeit erwerben.

Zu diesem Zweck werden Kenntnisse der Philosophie sowie weltanschaulicher und religiöser Ethik sowie über verschiedene Kulturen, Lebensweisen, die großen Weltreligionen und zu Fragen der Lebensgestaltung vermittelt. Das Fach Ethik orientiert sich an den allgemeinen ethischen Grundsätzen, wie sie im Grundgesetz, in der Verfassung von Berlin und im Bildungs- und Erziehungsauftrag der §§ 1 und 3 niedergelegt sind. Es wird weltanschaulich und religiös neutral unterrichtet.

Im Ethikunterricht sollen von den Schulen einzelne Themenbereiche in Kooperation mit Trägern des Religions- und Weltanschauungsunterrichts gestaltet werden. Die Entscheidung, in welcher Form Kooperationen durchgeführt werden, obliegt der einzelnen Schule. Die Schule hat die Erziehungsberechtigten rechtzeitig und in geeigneter Weise über Ziel, Inhalt und Form des Ethikunterrichts zu informieren." (aus § 12 Schulgesetz)

### Themenfelder des Ethikunterrichts:

- Identität, Freundschaft und Glück,
- Freiheit, Verantwortung und Solidarität,
- Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit,
- Diskriminierung, Gewalt und Toleranz,
- Schuld, Pflicht und Gewissen,
- Wissen, Hoffen und Glauben

schaungsunterricht ihrer Wahl entscheiden. Darüber hinaus sieht das Schulgesetz im Ethikunterricht eine Mitwirkungsmöglichkeit der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu einzelnen Themen vor, so dass Schülerinnen und Schüler auch eine Begegnung mit Vertretern unterschiedlicher Bekenntnisgemeinschaften ermöglicht wird.

Damit ist insgesamt eine umfassendere Bildung möglich, als dies das Angebot einer einzelnen Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft leisten könnte. Das ermöglicht Jugendlichen eine größere Entscheidungsfreiheit in Fragen ihrer eigenen ethischen und religiösen bzw. weltanschaulichen Orientierung.

# Das Volksbegehren nimmt Jugendlichen Chancen

## Die SPD setzt sich für die Freiheit ein, Ethik und Religion zu wählen

Der Verein "Pro Reli e.V." und seine Unterstützer, die Kirchen, die CDU und die FDP, wollen über ein Volksbegehren Ethik als gemeinsames Unterrichtsfach abschaffen und es zu einem Wahlpflichtfach neben dem Religions- und Weltanschauungsunterricht machen.

### Wahlpflichtfach löst Gemeinsamkeit auf

Durch einen Wahlpflichtbereich Ethik/Religion würde den Schülerinnen und Schülern, die sich für die Teilnahme am Religions- oder Weltanschauungsunterricht entscheiden, die Möglichkeit genommen, sich ethische und religionskundliche Allgemeinbildung anzueignen. Und diejenigen, die sich für den Ethikunterricht entscheiden, würden dadurch daran gehindert werden, sich vertieft mit einer Religion oder Weltanschauung zu beschäftigen. In den aufgeteilten Gruppen wären Vielfalt und Dialog zwischen Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften nicht ohne weiteres zu erfahren.

Auch der bekenntnisgebundene Religions- und Weltanschauungsunterricht kann und soll gemeinsame Werte thematisieren. Im Zentrum steht dort jedoch die jeweilige Religion, Konfession und Weltanschauung. Das heißt Grundwerte werden bekenntnisgebunden aus der Sicht z.B. des Christentums oder des Islam behandelt. Das ist eine deutlich andere Perspektive als im Ethikunterricht.

### Zensuren für den Glauben?

In Berlin gibt es seit mehr als 50 Jahren Religionsunterricht auf freiwilliger Basis in Verantwortung der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Dieser Unterricht wird zu 90 Prozent vom Land Berlin finanziert.

Wäre das Volksbegehren erfolgreich, würde bekenntnisgebundener Religions- und Weltanschauungsunterricht zukünftig staatlich benotet und hätte Auswirkungen auf die Versetzung. Damit würde die in Berlin bewährte - wie auch historisch vielfach begründete - Trennung von Staat, Religion und Weltanschauung aufgehoben.

Vor allem aber würde die Möglichkeit verbaut, dass Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Ethikunterricht miteinander eine Kultur des Dialogs entwickeln, sich auf gemeinsame Grundwerte verständigen und sich alle eine ethisch-philosophische und religionskundliche Allgemeinbildung aneignen können.

Die Freiheit, an Beidem - am Ethikunterricht und an einem Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht - teilzunehmen, bestände dann nicht mehr.

In der Praxis könnte dies so aussehen: Schülerinnen und Schüler der Oberschulen die gegenwärtig alle am Ethikunterricht teilnehmen und darüber hinaus Religions- oder Weltanschauungsunterricht besuchen können, müssten sich entscheiden entweder am Ethikunterricht teilzunehmen oder eines der folgenden Fächer zu besuchen:

- Evangelischer Religionsunterricht
- Katholischer Religionsunterricht
- Islamischer Religionsunterricht der Islamischen Föderation
- Islamisch-alevitischer Religionsunterricht
- Jüdischer Religionsunterricht
- Buddhistischer Religionsunterricht
- Unterricht der Christengemeinschaft
- Humanistische Lebenskunde.

Sie würden sich also in neun verschiedene Gruppen aufteilen. Wenn noch mehr Religionsgemeinschaften in die Schule kommen, würde sich die Zahl dieser Gruppen noch vergrößern.

Die Auswirkungen können an folgendem Beispiel verdeutlicht werden: Bei einem Wahlpflichtbereich Ethik/Religion wäre es möglich, dass viele Schülerinnen und Schüler von der 1. - 13. Klasse nur islamischen Religionsunterricht besuchen und ihnen durch den Nichtbesuch des Ethikunterrichts eine Allgemeinbildung zum Christentum, zu anderen Religionen, zur Aufklärung und zum Humanismus, zu ethischen und philosophischen Fragen und wichtige Möglichkeiten des Dialogs mit Andersgläubenden bzw. Anderdenkenden vorenthalten bleibt. Diese Schülerinnen und Schüler könnten in ihrem späteren Leben erhebliche Probleme mit ihrer Integration in unsere Gesellschaft haben.

## Das Volksbegehren wird abgelehnt - nicht die Kirchen

Die Berliner SPD hat 2005 auf ihrem bildungspolitischen Parteitag die Einführung des gemeinsamen Werteunterrichts gefordert. Sie lehnt daher ebenso wie der Berliner Senat das Volksbegehren von „Pro Reli“ ab. Der freiwillige Religions- und Weltanschauungsunterricht soll weiter Bestand haben und wie bisher gefördert werden. Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften haben so die Möglichkeit, ihre Wertvorstellungen, Lehren und Ziele direkt in den Schulen zu präsentieren.

Der Berliner Senat pflegt zudem das Gespräch mit den Kirchen. Der Evangelische Kirchenvertrag bietet eine gute Grundlage für partnerschaftliche Zusammenarbeit und freundschaftlichen Umgang auch bei Meinungsverschiedenheiten. Beim letz-

ten Treffen zwischen Senat und evangelischer Kirchenleitung wurde übereinstimmend der Beitrag der Schulen in kirchlicher Trägerschaft zur Bildung in unserer Gesellschaft gewürdigt.

Auch für die Kirchen kann das jetzige Modell Vorteile haben. Denn im Ethikunterricht wird über ihre Ziele und ihre Arbeit informiert, es können dabei Religionslehrer als authentische Vertreter einbezogen werden. Sie erreichen auf diese Weise Jugendliche, die nicht in den freiwilligen Religionsunterricht kommen würden, die aber für die Angebote der Kirchen interessiert werden können.

In anderen Ländern engagieren sich die Kirchen daher aus gutem Grund für die Einführung von integrativen Ethikfächern. "Gesellschaftliche Veränderungen machen vor der Schule nicht halt. Die Vielfalt der Religionen und Werthaltungen verlangt nach einer Auseinandersetzung im Rahmen der Schule", heißt es im Schweizer Kanton Luzern in einer amtlichen Bekanntmachung des Amtes für Volksschulbildung und der Kommission der drei Landeskirchen vom 24. April 2007. Dort wurde das Pflichtfach "Ethik und Religionen" 2006/07 in allen 1. und 2. Klassen eingeführt - neben dem Religionsunterricht der Kirchen.

## Finanzielle Zuschüsse

Übersicht zu den Schülerzahlen und den Ausgaben für den Religions- und Weltanschauungsunterricht in den Haushaltsjahren 2006 - 2008

Das Land Berlin finanziert bis zu 90 Prozent der für den Religionsunterricht anfallenden Personalkosten. 2006/07 lag die Gesamtteilnehmerzahl bei 163.725 Schülerinnen und Schülern, im Schuljahr 2007/08 stieg sie auf 164.214. Die Gesamtschülerzahl (ohne Berufsschulen) sank im gleichen Zeitraum von 334.879 auf 328.380 Schülerinnen und Schüler.

Zuschüsse	Ist 2006 in €	Ist 2007 in €	Prognose 2008 in €
Evangelische Kirche	28.502.518	27.309.122	26.797.382
Katholische Kirche	7.574.648	7.569.900	7.708.903
HVD	10.300.800	11.090.000	12.038.965
Jüdische Gemeinde	621.535	597.842	594.000
Islamische Föderation	713.300	661.052	720.000
Kulturz. Anat. Aleviten	14.491	14.920	20.000
Buddhistische Ges.	6.190	7.675	10.000
Christengemeinschaft	---	4.903	15.000
Zuschüsse gesamt	47.733.482	47.255.414	47.904.250

## In guter Tradition

Schon im Jahre 1962 hat der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen in Bonn gefordert:

„Wie auch immer das Schulwesen organisiert sein wird, die reale Begegnung mit weltanschaulich anders Gegründeten muß schon geschehen, während in den Kindern und Heranwachsenden deren geistige Welt sich bildet, damit nicht Vorurteile sich festsetzen und Richtungen des Mißtrauens habituell werden, gegen die später nur schwer anzukommen ist. Kinder und junge Menschen dürfen nicht ohne die Erfahrung aufwachsen, dass sie irren, wenn sie Andersglaubende oder Andersdenkende nur als abergläubisch oder irrgläubig oder glaubenslos betrachten und die menschliche und geistige Verbindung mit ihnen für unmöglich halten. Jede unserer weltanschaulichen Positionen hat die Möglichkeit, aus ihrer eigenen Lehre selbst darzutun, dass alle Menschen einander Achtung, Verständnis und Liebe schulden, und sie pflegt auch wirklich so zu lehren. Aber diese Belehrung, so wichtig sie ist, genügt doch nicht. Achtung und Verständigungsbereitschaft wollen nicht nur aus lehrhafter Überzeugung bejaht, sondern auch lebendig geübt sein, sonst bleiben auch die Erfahrungen aus, wie viel uns von Position zu Position gemeinsam ist.“

## Kirchen für Ethik

Auch andere Länder in Europa setzen auf interkulturelle Erziehung und Integration.

Der Verein „Pro Reli e.V.“ wirbt auf seinen Plakaten für das Volksbegehren mit dem Slogan "Glaube versetzt Berge - Ihre Hilfe auch" und läßt einen Blick auf den nach Berlin versetzten höchsten Schweizer Berg, das Matterhorn, werfen.

Ein Blick in die Schweiz ist für die Berliner Debatte tatsächlich lohnenswert. Denn in der Schweiz gibt es seit einigen Jahren ähnliche Bestrebungen wie in Berlin und Brandenburg, gemeinsame Ethikfächer zu schaffen, um der Vielfalt der Kulturen, Religionen und Weltanschauungen gerecht zu werden. Daran wirken die dortigen Kirchen konstruktiv mit.

Im Kanton Zürich wird mit Zustimmung der Kirchen das Pflichtfach "Religion und Kultur" eingeführt, in den Kantonen der Zentralschweiz Luzern, Uri, Obwalden, Nidwalden und Zug das Pflichtfach "Ethik und Religionen".

Die Einführung des Faches 'Ethik und Religionen wurde von der Kommission der drei Landeskirchen des Kantons Luzern für Fragen des Religionsunterrichts (KOLARU) positiv bewertet. Im Lehrplan für die o.g. Kantone heißt es zur Aufgabe des Faches: "Dem Fach Ethik und Religionen entspricht ein Unterricht, der im ganzen Klassenverband erteilt wird und der nicht konfessionell gebunden ist.“

# Aus Überzeugung für den Ethik-Unterricht

## Die Unterstützung wächst - mit guten Gründen

Die Unterstützung für das Fach Ethik in Berlin ist groß. Neben der Berliner SPD wird es von den Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen unterstützt sowie von der GEW und weiteren Verbänden getragen. Mit ihrer Beteiligung hat sich im Mai 2008 die Initiative "Pro Ethik" gegründet - als Antwort auf das von "Pro Reli" angestrebte Volksbegehren. Inzwischen hat sich auch eine Gruppe christlicher Theologinnen, Theologen, Pfarrer und Laien gebildet und arbeitet in der Initiative "Pro Ethik" mit.

## Positionen zum Fach Ethik

**Michael Müller, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender :**

"Gerade bei diesem so wichtigen Unterricht sollten wir die Schülerinnen und Schüler nicht nach Religionszugehörigkeit separieren und die Klasse spalten. Nein, nicht Moslems für sich, Christen für sich, Juden für sich - nicht jeder für sich allein. Gemeinsam muss die Auseinandersetzung er-

folgen über die Grundüberzeugungen und Werte, die unsere Gesellschaft überhaupt zusammenhalten. Ich meine damit Werte wie Toleranz, Gewaltfreiheit, Gleichberechtigung und Solidarität. Unser aller Ziel sollte sein, dass alle jungen Menschen mit einem ausgeprägten demokratischen Grundverständnis und dem Respekt vor anderen Weltanschauungen die Schule verlassen."

„Die Aufgabe des Ethikunterrichtes ist es, das friedliche Miteinander und die Integration zu fördern - und dafür ist er nach unserer Auffassung genau das richtige Instrument.“

"Als Christ erhoffe ich mir durch das Fach Ethik aber auch neues Interesse für die Kirchen. Die Perspektive, über eine Kooperation alle Schülerinnen und Schüler mit dem Ethikunterricht zu erreichen, sollten sich die Kirchen nicht entgehen lassen und sich aktiv an der konkreten Ausgestaltung des Faches beteiligen. Ich würde mir das jedenfalls wünschen. Die Tür steht offen!"

*(in: politik und kultur. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Nr. 4/08 - Juli - August 2008)*

### Die Position des Senats

Der Berliner Senat hat im Januar 2008 die Zulässigkeit des beantragten Volksbegehrens „Wir wollen Wahlfreiheit! Für die Einführung des Wahlpflichtfachs Ethik/Religion!“ festgestellt. Er hat zugleich in seiner inhaltlichen Stellungnahme betont, dass er das damit verbundene Ziel ablehnt:

„Der Senat hält an seiner Position fest, wonach die Teilnahme an dem Fach Ethik in den Klassenstufen 7 bis 10 für alle Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Berliner Schule verpflichtend sein soll und keine Abwahlmöglichkeit zu Gunsten der Teilnahme am Religions- oder Weltanschauungsunterricht eröffnet wird. Er bekräftigt seine Auffassung, dass die durch das Fach Ethik beabsichtigte Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I auf das Zusammenleben in einer säkularen Gesellschaft, in der viele Religionen und Weltanschauungen Formen eines friedlichen und fruchtbaren Zusammenlebens praktizieren müssen, in besonderer Weise dadurch begünstigt wird, dass alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam an diesem Fach teilnehmen. Die aus der Wahlmöglichkeit resultierende Trennung der Schülerinnen und Schüler ist nach Meinung des Senats dem wichtigen bildungspolitischen und erzieherischen Anliegen, einen Raum für ein gemeinsames Gespräch über Grundlagen des Lebens und die Verständigung unter Andersdenkenden zu fördern, abträglich. Es ist nicht die Ab-

sicht des Senats, den Religions- oder Weltanschauungsunterricht aus der Schule zu verdrängen. Bei der gesetzlichen Ausgestaltung der Einführung des Faches Ethik hat der Senat dafür Sorge getragen, dass die Kooperation mit den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gesetzlich verankert wurde. Soweit es durch die Einführung des Faches Ethik in der Sekundarstufe I zu einer Stundenerhöhung gekommen ist, hat der Senat Verständnis dafür, dass es für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften nicht immer einfach ist, Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I trotz der Stundenverdichtung für ihr freiwilliges Unterrichtsangebot zu gewinnen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gemäß § 12 Abs. 6 Satz 7 Schulgesetz im Rahmen einzelner Themenbereiche in den Ethikunterricht einbringen und dadurch die Chance nutzen können, das Interesse der Schülerinnen und Schüler am Religions- oder Weltanschauungsunterricht zu wecken.

Für den Bereich der Grundschule lehnt der Senat die verpflichtende Teilnahme am Religions- oder Weltanschauungsunterricht oder wahlweise an einem Fach Ethik ebenfalls ab. Der Senat spricht sich vielmehr dafür aus, dass die Teilnahme am Religions- oder Weltanschauungsunterricht freiwillig bleibt, ohne dass aus der Nichtteilnahme die verpflichtende Teilnahme an einem Fach Ethik folgt.“

**Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin:**

„Es ist wahr, dass die Werte unserer Gesellschaft zu einem wesentlichen Teil aus den Lehren der christlichen Kirchen und ihrem Einfluss auf unsere Kultur und Geschichte entspringen. Ebenso wahr ist, dass die mit der europäischen Aufklärung einhergehende Trennung von Kirche und Staat ein historischer Fortschritt war und die Entwicklung des demokratischen Staates in einer liberalen Gesellschaft positiv beeinflusst hat.“

Ich bin der Auffassung, dass die neutrale Rolle des Staates gegenüber den Religionen sich nicht nur bewährt, sondern sich angesichts der Vielfalt von Weltanschauungen in unserer Gesellschaft zunehmend als vernünftig erweist. Weltanschauliche Neutralität bedeutet aber keineswegs Wertelosigkeit. Die moralische Kraft der im Grundgesetz verankerten Grundrechte definiert den Wertehorizont, der zum normativen Maßstab für alle geworden ist. Davon profitiert auch die Religionsausübung. Sie ist durch die grundgesetzlich garantierte Glaubensfreiheit geschützt. In diesem Kontext muss auch die Stellung des Religionsunterrichts in der Schule diskutiert werden. In Berlin gilt dabei die so genannte Bremer Klausel. Danach ist der Religionsunterricht in Berlin nicht ordentliches, sondern freiwilliges Unterrichtsfach. Auf dieser Basis haben die Kirchen auch Zugang zu Berliner Schulen.“

„Wir sind in der historisch neuen Lage, dass die Pluralität unserer offenen Gesellschaft neue Fragen aufkommen lässt: Einerseits beanspruchen gerade in unserer multikulturellen Stadt mehrere Religionen Zugang zur Schule, andererseits gibt es immer mehr Kinder, die in unserer säkularisierten Welt kaum noch Zugänge zu Religion haben. [...] Die Einführung eines Werteunterrichts ist eine richtige Antwort auf die oben geschilderten gesellschaftlichen Veränderungen. Wichtig dabei ist seine allgemeine Verbindlichkeit, eine Abwählbarkeit zu Gunsten eines Religionsunterrichts würde verhindern, dass alle alles kennen lernen. Und genau dies halte ich für eine elementare Voraussetzung zukünftiger Toleranz. Es muss vermittelt werden, was die verschiedenen Religionen ausmacht, gegenüber denen Toleranz geübt werden soll. Insofern ist der allgemein bildende Anspruch von Werteunterricht kein Angriff auf die Religionsgemeinschaften, sondern eine zeitgemäße Antwort auf die Vielfalt unserer Gesellschaft.“

*(in: "Tagesspiegel" am 8. April 2005)*

**Bildungssenator Prof. Dr. Jürgen Zöllner:**

„Ziel des Ethikunterrichtes ist also die Förderung der Reflektions- und Dialogfähigkeit, der Fähigkeit, über grundlegende Orientierungsfragen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens überhaupt nachzudenken, und der Fähigkeit, sie auch Andersdenkenden zu vermitteln. Dazu muss man den Andersdenkenden vor sich haben. Den eigenen Standpunkt nachvollziehbar zu machen,

sich einzubringen im wahrsten Sinne des Wortes, wenn unterschiedliche Überzeugungen das auf den ersten Blick zu verhindern scheinen! Diese Aufgabe kann nur gemeinsam erfüllt werden.“

„Der Rahmenlehrplan, Unterrichtskonzepte, Handreichungen und ein Weiterbildungskonzept mussten erstellt, Lehrkräfte weitergebildet und Studiengänge an den Universitäten vorbereitet werden. Dieser Prozess ist weitgehend abgeschlossen und erfolgreich bewältigt worden. Trotz der erst zweijährigen Erfahrung, die wir bisher haben, ist mein Eindruck, der sich auf Berichte aus den Schulen stützt, dass sich dieses Berliner Modell bewährt hat. Die Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Jahrgangsstufe haben es angenommen, und es ist ihnen inzwischen selbstverständlich geworden, über grundlegende Probleme ihres individuellen Lebens und der gegenwärtigen Gesellschaft offener, und zwar miteinander zu sprechen, ihre Überzeugungen zu begründen - sie sind nicht mehr sprachlos über sich selbst und die Werte - und das Gespräch mit der Andersdenkenden zu suchen.“

*(in: Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Mai 2008)*

**Henning v. Wedel, Pfarrer i.R.:**

„Liebe Mitchristen, wissen Sie, was "Pro Reli" bedeutet? Wissen Sie, was Sie unterschreiben? Wissen Sie, daß Sie da auch Gutes bekämpfen? Ich fürchte: Nein! Denn ich sehe Sie sehr einseitig informiert. Sie sind für Religionsunterricht in den Schulen? Ich auch. Jugend soll ins Christentum hineinwachsen? Auch ich wünsche es.“

Das bekämpfte Gute ist das Fach "Ethik", es steht unsern Wünschen *nicht* im Wege. Religionsunterricht *ist* angeboten, er muß nicht erst erstritten, muß nur gewünscht werden.

Bitte bedenken Sie: "Prüft alles und das Gute behaltet!" Ich sehe das Fach "Ethik" als etwas sehr Gutes an: Es verbindet, was getrennt ist, Völker, Kulturen, Religionen, Konfessionen; Schüler sprechen dort nicht über-, oder gegeneinander, sondern miteinander.“ *(Aufruf, September 2008)*

**Walter Momper, Mitglied der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses:**

"In einer so pluralen Metropole wie Berlin müssen wir eine zeitgemäße und wertebezogene Bildung anbieten. Es ist wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler lernen, fremde Auffassungen und Lebensformen zu verstehen, zu achten und zu respektieren. Deshalb darf Wertevermittlung sich nicht allein im Religionsunterricht abspielen.“

*(auf: Diskussionsforum der Senatsverwaltung für Bildung)*

**Julian Nida-Rümelin, ehem. Kulturstaatsminister, Professor an der Universität München:**

„Was dieses Land in seiner pluralistischen und multikulturellen Verfasstheit in besonderem Maße braucht, ist das Gemeinsame jener Grundhaltungen, die unsere staatliche und gesellschaftliche

Ordnung tragen und die den humanen Kern einer Demokratie ausmachen. Dieses Gemeinsame lässt sich auf die Artikel 1 bis 19 unseres Grundgesetzes, die bürgerlichen Freiheitsrechte, nicht verkürzen. Es umfasst auch Solidarität, Empathie, Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft.

Diese Grundhaltungen sind nicht allein das Ergebnis intellektueller Einsichten, sie können nur aus der Praxis, aus der alltäglichen Erfahrung, auch aus dem Vorbild erwachsen. Aber Einsichten spielen eine Rolle, zum Beispiel die Einsicht in die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Kultur, ihres Glaubens. Ein in diesem Sinne verstandener Ethik-Unterricht ist von gleicher Bedeutung wie der in Sprachen oder Naturwissenschaften.“ „Ein für alle gemeinsamer und verpflichtender Ethikunterricht ist das absolute Minimum, welches man von den staatlichen Bildungseinrichtungen erwarten kann.“ (in: *Tagesspiegel* v. 16. April 2005)

Ruth Priese, evangelische Theologin und Josef Göbel, katholischer Theologe:

„Konfessioneller Religions- bzw. Weltanschauungs- und Ethikunterricht sind keine Alternativen; sie haben unterschiedliche Aufgaben und sollten deshalb nicht zur Wahl gestellt werden. Die von "Pro-Reli" so genannte "Wahlfreiheit" würde zum Wahlzwang für junge Menschen, bei dem sie eines von beiden Unterrichtszielen nicht wahrnehmen könnten.“

„Im konfessionellen Weltanschauungs- und Religionsunterricht wird das Verstehen der Wirklichkeit und das darüber Sprechen in einer bestimmten Form und Tradition gelehrt. Wegen der nicht mehr aufhaltbaren Vermischung der Kulturen/Religionen weltweit und durch die mediale Vernetzung wird dem einzelnen Menschen die freie Wahl möglich und zugemutet, in welcher Tradition er und sie leben will. Diese Freiheit ist ein hohes Gut. Sie will genutzt und zu gebrauchen erlernt werden, indem man in eine Tradition hineinwächst und sie einübt. Dies zu ermöglichen, ist zuerst und vor allem Aufgabe der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften selbst. Das Berliner Schulgesetz unterstützt sie dabei, indem Berlin konfessionellen Religions- bzw. Weltanschauungs-Unterricht nicht der Schulen, sondern an den Schulen ermöglicht und weitestgehend finanziell trägt. Dieses Angebot ist von großer Bedeutung, weil es auch die Schüler erreicht, die mit ihren Familien nicht so eng in eine Konfession oder Weltanschauungsgemeinschaft eingebunden sind, dass sie deren interne Bildungsangebote nutzen würden. Es ist auch sehr sinnvoll, dass diese Form des konfessionell-weltanschaulichen Unterrichtes in den ersten 6 Schuljahren das einzige Angebot zu Lebensfragen ist. Eltern haben die Wahl und sollen die Wahl haben, in welche Tradition und Identität ihre Kinder hineinwachsen sollen.

Der Ethikunterricht hat eine grundsätzlich andere Aufgabe. Sein Anliegen ist es, die Sprachlosig-

keit zwischen den verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen zu überwinden! Es geht in ihm darum, sich gegenseitig kennen zu lernen und weitgehende Fremdheit gegenüber anderen Traditionen abzubauen, mehr noch: sich auch dann noch anzuerkennen und zu achten, auch dann noch miteinander zu sprechen, wenn die Anderen Ansichten haben, die man selbst nicht teilen will und kann. Das ist die Voraussetzung für gelingendes Zusammenleben. Und das ist schwer, aber notwendig. Billiger, einfacher ist eine plurale, demokratische Gesellschaft nicht zu haben.“

(*Positionspapier einer christlichen Gruppe in der Initiative "Pro Ethik" vom 17. September 2008*)

**Bundeselternrat:**

„Wir wünschen uns einen gemeinsamen, alle Religionen und Kulturen thematisierenden Unterricht für alle Kinder - unabhängig von ihrer Herkunft. Verbindendes leben, an und aus den Differenzen lernen ist wichtig, Respekt vor dem Nicht-Gemeinsamen notwendig.“

Es ist heute wichtiger denn je, Werteverluste aufzufangen und Wertebildung neu zu fördern. Wenn unsere Gesellschaft einen immer größer werdenden Teil ihrer Kinder in Armut aufwachsen lässt, nimmt sie ihnen die Chance, Wertschätzung zu erfahren und Werte zu erlernen. Wir fordern Chancengerechtigkeit für alle Kinder.“

(*Resolution vom 11. November 2007*)

**Michael Sommer, DGB-Vorsitzender:**

„Ich respektiere den Glauben aller Menschen, ganz gleich, an welchen Gott sich ihre Gebete richten. Deshalb finde ich es richtig, dass freiwilliger Religionsunterricht an Berliner Schulen auch weiterhin angeboten wird.“

Ich bin aber fest davon überzeugt, dass dies allein nicht reicht. Denn unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, hat eigene Werte und Normen, festgeschrieben im Grundgesetz, verpflichtend für jeden. Da geht es um Recht und Gesetz, aber auch um Menschlichkeit und Menschenwürde, um Gleichheit und Toleranz.

Diese Werte zu vermitteln, gehört aus meiner Sicht zu den vornehmsten Bildungsaufgaben des Staates. Alle Jungen und Mädchen in Berlin haben das Recht, von Vernunft und Aufklärung zu hören, viel über Weltanschauungen und die unterschiedlichen Religionen zu erfahren, von gegenseitiger Achtung und gleichen Rechten für alle - unabhängig davon, ob ihre Eltern Christen, Moslems, Juden, Buddhisten sind oder sich keiner Religion verpflichtet fühlen.

Ethik-Unterricht ist damit auch ein wichtiger Baustein der Integration. Er darf keine Verlegenheitslösung für jene sein, die nicht in den Religionsunterricht gehen wollen, sondern er muss allen Kindern und Jugendlichen angeboten werden. Im Klassenverband. Gemeinsam, nicht getrennt.“

(*Brief an Pro Ethik vom 30. September 2008*)

## Richtig ist...

**Behauptet wird:** "Jeder soll frei wählen können. Zwischen Ethik, evangelischer, islamischer und jüdischer Religion oder Weltanschauungsunterricht. Ein Zwangsfach Ethik für alle bedeutet Bevormundung" und "zeigt einen Mangel an Toleranz gegenüber anderen."

**Richtig ist:** Ein Wahlpflichtbereich Ethik/Religion bietet gerade keine wirkliche Wahlfreiheit, sondern schränkt sie ein, indem Schülerinnen zwischen einem allgemeinbildenden und einem Unterricht wählen müssen, der an ein religiöses, z.B. an ein christliches oder islamisches Bekenntnis gebunden ist. Derzeit können alle neben dem Ethikunterricht zusätzlich an einem sie interessierenden Religions- oder Weltanschauungsunterricht teilnehmen.

**Behauptet wird:** "Ethik als alleiniges Pflichtfach steht in einem Dilemma. Es soll Werte vermitteln, muss aber als alleiniges, nicht abwählbares Fach weltanschaulich neutral sein. Es gibt aber keine Wertevermittlung ohne ein Bezugssystem. Und ein Bezugssystem ist immer an weltanschauliche Grundüberzeugungen gekoppelt - unabhängig davon, ob diese nun säkular-humanistisch, oder religiös begründet sind."

**Richtig ist:** Die Wertevermittlung und Bildung im Fach Ethik ist - wie bei allen anderen Schulfächern - an das Grundgesetz und die Menschenrechte gebunden. Das ist das in unserer Gesellschaft allgemein anerkannte Bezugssystem und es ist in keiner Weise an eine bestimmte Religion oder Weltanschauung gebunden. Es steht über den Bezugssystemen einzelner gesellschaftlicher Gruppen und sichert deren Freiheit, sich zu einzelnen Religionen oder Weltanschauungen zu bekennen und diese zu praktizieren, sei es z.B. das Christentum, der Islam oder der Humanismus.

**Behauptet wird:** Den Berlinern werde das Recht auf Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach vorenthalten. Die Bremer Klausel würde nur "auf Grund eines juristischen Zufalls" in Berlin gelten.

**Richtig ist:** Der Artikel 141 des Grundgesetzes, die so genannte "Bremer Klausel", bestimmt, dass Artikel 7 Absatz 3, der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach festlegt, keine Anwendung in einem Lande findet, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung galt. Das der Artikel 141 auch für Berlin gilt, ist kein "juristischer Zufall", sondern folgerichtige Anwendung von Verfassungsrecht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass niemand Anderes als der evangelische Landesbischof Dibelius es nach dem 2. Weltkrieg strikt ablehnte, Religionsunterricht zu einem staatlichen Unterrichtsfach zu machen. Auch CDU und FDP waren lange Zeit, sogar als sie regierten, dafür, Religionsunterricht in der Verantwortung der Religionsgemeinschaften zu belassen.

**Behauptet wird:** "Respekt und Toleranz gibt es aber nur, wenn man etwas über den eigenen Glauben und die eigene Weltanschauung weiß."

**Richtig ist:** Diese Aussage trifft in ihrer Allgemeinheit nicht zu, wenn es etwa um Anhänger religiös oder weltanschaulich fundamentalistischer Auffassungen geht. Zum Anderen ist gerade das Wissen um andere Glaubensvorstellungen oder Weltanschauungen und das Gespräch mit ihren Anhängern in einem gemeinsamen Ethikunterricht (statt nur eines Gespräches übereinander) in besonderer Weise geeignet, Respekt und Toleranz zu fördern.

**Behauptet wird:** "Werteunterricht sollte nicht wie bisher erst in der Oberschule verpflichtend sein. Kinder brauchen so früh wie möglich Orientierung."

**Richtig ist:** Das geschieht bereits. Werteerziehung und Wertebildung finden in der Grundschule in starkem Maße im vorfachlichen Unterricht und in allen Fächern statt. Alle schulischen Lehrkräfte orientieren in Bildung und Erziehung die Kinder ab der 1. Klasse an Werten wie Gerechtigkeit, gegenseitiger Rücksicht, Friedfertigkeit und Toleranz.

## Mehr Informationen

Die Berliner SPD stellt Hintergrundinformationen zur Debatte um den Ethik-Unterricht und das Volksbegehren der Initiative „Pro Reli“ auf ihrer Internetseite zusammen:

[www.spd-berlin.de/ethik](http://www.spd-berlin.de/ethik)

## Mehr Argumente

Die Reihe „Argumente“ der Berliner SPD stellt Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen zusammen. Alle Hefte finden Sie hier:

[www.spd-berlin.de/argumente](http://www.spd-berlin.de/argumente)